

PRESSEMITTEILUNG

Manja Keller-Felsch tritt als Kreisvorsitzende des BSW Elbe-Elster zurück und verlässt die Partei

Finsterwalde, 08.07.2026

Manja Keller-Felsch ist mit sofortiger Wirkung von allen Funktionen im Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zurückgetreten und hat zugleich ihren Austritt aus der Partei erklärt. Keller-Felsch war Kreisvorsitzende des BSW-Kreisverbandes Elbe-Elster.

„Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Aber ich kann die politische Entwicklung, die innerparteiliche Arbeitsweise und den Umgang mit Kritik in dieser Form nicht mehr mittragen“, erklärt Keller-Felsch.

Ein zentraler Grund für ihren Schritt sei die aus ihrer Sicht nicht ausreichende politische Abgrenzung des BSW gegenüber der AfD. „Ich bin nicht in diese Partei eingetreten, um am Ende erleben zu müssen, dass klare politische Grenzziehungen immer wieder verwässert oder relativiert werden. Gerade in Brandenburg braucht es aus meiner Sicht eine eindeutige Haltung. Diese erkenne ich derzeit nicht in der notwendigen Klarheit.“

Kritisch bewertet Keller-Felsch zudem, dass gesellschaftspolitisch wichtige Fragen nicht ausreichend erkennbar aufgegriffen würden. Beispielhaft nennt sie die aus ihrer Sicht fehlende klare öffentliche Einordnung durch die Landesebene zu Angriffen und Debatten im Zusammenhang mit dem CSD. Gerade von einer Partei, die gesellschaftlichen Zusammenhalt für sich beansprucht, hätte sie sich hier eine eindeutigere Positionierung gewünscht.

Neben der politischen Ausrichtung kritisiert Keller-Felsch vor allem die innerparteiliche Kultur. Der Anspruch, eine neue politische Kraft mit mehr Beteiligung, Offenheit und Respekt gegenüber den Mitgliedern aufzubauen, sei aus ihrer Sicht nicht eingelöst worden.

„Mitglieder sind für mich keine bloßen Unterstützer, die bei Bedarf aktiviert werden. Mitglieder sind Träger von Mitwirkungs-, Informations- und Beteiligungsrechten. Gerade in einer jungen Partei müsste es darum gehen, Strukturen von unten aufzubauen, Erfahrungen aus der Fläche ernst zu nehmen und Kritik nicht als Störung, sondern als notwendige Voraussetzung politischer Entwicklung zu verstehen.“

Stattdessen habe sie zunehmend den Eindruck gewonnen, dass politische und organisatorische Entscheidungen vor allem von oben nach unten gedacht würden. Eigeninitiative vor Ort werde zwar erwartet, zugleich aber nicht verlässlich unterstützt. „Wenn Kreisverbände aufgebaut werden sollen, reicht es nicht, Verantwortung nach unten zu delegieren. Dann braucht es Erreichbarkeit, Rückendeckung, klare Zuständigkeiten und eine Kultur, in der Rückmeldungen aus der Fläche ernsthaft bearbeitet werden.“

„Kritik und abweichende Einschätzungen sollten nach meiner Überzeugung nicht als Illoyalität verstanden werden. Eine politische Organisation kann sich nur weiterentwickeln, wenn auch kontroverse Diskussionen möglich sind und Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft ernsthaft geprüft werden. Diesen offenen Diskurs habe ich zunehmend vermisst.“

Aus Keller-Felschs Sicht zeigen die Entwicklungen in mehreren brandenburgischen Kreisverbänden, dass es sich nicht um ein rein lokales Problem handelt. Nach ihrer Kenntnis verfügen inzwischen sechs brandenburgische Kreisverbände nicht mehr über eine gewählte Kreisvorsitzende bzw. einen gewählten Kreisvorsitzenden.

„Für mich ist das ein deutliches Warnsignal. Wenn sich solche Entwicklungen häufen, sollte man die Ursachen nicht bei einzelnen Personen suchen, sondern die zugrunde liegenden Strukturen kritisch überprüfen.“

Keller-Felsch kritisiert auch das Verhältnis zwischen Partei, Fraktion und Mandatsträgerstrukturen. Aus ihrer Sicht sei nicht immer ausreichend erkennbar, wo eigenständige Parteiarbeit beginnt und wo man sich auf Aktivitäten der Fraktion oder einzelner Mandatsträger verlässt. „Eine Partei kann nicht dauerhaft davon leben, dass sich kommunale Strukturen an der Fraktionsarbeit abarbeiten oder hinter ihr verschwinden. Wenn man eine Mitgliederpartei sein will, dann muss man auch bereit sein, parteiliche Strukturen eigenständig, transparent und verbindlich aufzubauen.“

Auch organisatorisch habe sie zunehmend eine Arbeitsweise erlebt, die mit ihren Vorstellungen moderner politischer Arbeit nicht vereinbar sei. „Ich habe erlebt, dass digitale Möglichkeiten, Vernetzung und effiziente Arbeitsformen eher skeptisch betrachtet wurden. Statt moderner Organisation, schneller Abstimmung und offener Zusammenarbeit überwog aus meiner Sicht häufig ein Denken in formalen Zuständigkeiten, persönlichen Befindlichkeiten und trägen, althergebrachten Abläufen.“

Sie betont, dass ihre Entscheidung keine persönliche Abrechnung mit einzelnen Mitgliedern des Kreisverbandes sei. „Ich danke ausdrücklich allen, die vor Ort mitgearbeitet, unterstützt, diskutiert und Verantwortung übernommen haben. Mein

Rücktritt richtet sich nicht gegen die Mitglieder. Im Gegenteil: Gerade weil ich Mitglieder ernst nehme, halte ich es für notwendig, meine Entscheidung offen und klar zu erklären.“

Die von ihr vorbereiteten Unterlagen, Arbeitsstände und Materialien für den Kreisverband habe Keller-Felsch geordnet zusammengestellt und dem Kreisvorstand sowie den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Dazu gehören nach ihren Angaben auch Arbeitsentwürfe für den geplanten ersten Kreisparteitag Anfang September, darunter Entwürfe zu Geschäftsordnung, Anträgen, Rechenschaftsbericht und weiteren organisatorischen Unterlagen. Diese seien ausdrücklich als Arbeitsstände zu verstehen und müssten durch die zuständigen Gremien geprüft, angepasst und beschlossen werden.

Keller-Felsch kündigt an, ihr ehrenamtliches Engagement künftig auf ihre Arbeit im Sozialverband Deutschland (SoVD) zu konzentrieren. Dort ist sie bereits als Frauenbeauftragte im Vorstand des Kreisverbandes Brandenburg Süd-West sowie als Beisitzerin im erweiterten Vorstand des Landesverbandes Berlin-Brandenburg tätig.

„Ich möchte meine Zeit und Kraft künftig verstärkt dort einsetzen, wo Menschen ganz konkret Unterstützung benötigen – sei es bei sozialen Fragen, bei Problemen mit Behörden, im Bereich der Teilhabe oder bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Im SoVD erlebe ich die Möglichkeit, unmittelbar und unbürokratisch für Menschen da zu sein. Darauf möchte ich mich künftig stärker konzentrieren.“

Abschließend erklärt Keller-Felsch:

„Ich bin mit der Hoffnung in das BSW gegangen, an einer neuen politischen Kultur mitzuwirken. Ich gehe, weil ich diese Hoffnung in der jetzigen Entwicklung nicht mehr wiederfinde. Für mich ist dieser Schritt deshalb konsequent.“